

U.S. Midterm Elections 2006

WOCHENRÜCKBLICK
29. OKTOBER BIS
6. NOVEMBER 2006

AUSGABE 12
7. NOVEMBER 2006

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Kerry Snafu	1-2
Dynamic Duo	2
Terrorist-lovin' wimps	3
Another 72 hours	3
Senate	3
Race Matters	4
House	4
1+2 vs. Independents	5
On Morals	5
No Pocketbook Election	5-6

Another 72 hours - Will Rove do it again?

Die Zwischenwahlen versprechen bis zum letzten Moment interessant zu bleiben: auch trotz allgemeiner Zuversicht der Demokraten, eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu gewinnen, verringert sich ihr Vorsprung vor den Republikanern. Ihre Chancen für die Kontrolle im Senat haben sich ebenfalls

verschlechtert: sowohl in Montana als auch in Tennessee liegen die Demokraten jetzt zurück. Zudem bereitete John Kerry den Demokraten kurz vor dem ersehnten Ziel noch Kopfzerbrechen mit seinem verunglückten Witz, dessen fehlgeschlagene Pointe den Republikanern die Möglichkeit geboten

hat, die Demokraten als "weak on defense" darzustellen, während andererseits Präsident Bush immerhin gewisse Resultate im Kampf gegen den Terrorismus wie das Todesurteil für Saddam Hussein für sich verbuchen konnte.

"Republican" October Surprise - Kerry Snafu

Das *Wall Street Journal* urteilte in einem Leitartikel Anfang letzter Woche, daß das einzige, was die Republikaner noch vor einer Wahlniederlage retten könne, die Demokraten seien. [1] Ganz im Einklang mit dieser Prophezeiung konnten die Republikaner dann auch einen willkommenen Themenwechsel weg von der für sie negativen Irakberichterstattung in den Fernsehmedien verzeichnen. In einer Rede vor Studenten in Californien, versuchte sich der Senator und ehemalige Demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry an einem Witz, dessen Pointe gegen Präsident Bush gerichtet sein sollte. Wenn sich die Studenten nicht anstrengen würden, könnten sie im Irak landen und dort festfahren, so Kerry. Wie der Senator später erklärte, wollte er in Bezug auf Präsident Bushs schlechte Studienergebnisse in Yale und Harvard darauf hinweisen, daß lernfaule Studenten *die USA* im Irak festfahren könnten,

vergaß aber in seiner Rede, den Bezug zu Bush herzustellen.

Für die Republikaner war Kerrys "Rohrkrepieler" ein Geschenk Gottes: an jedem Tag, an dem das Weisse Haus den Irakkrieg nicht verteidigen müsste, würden die Republikaner an Punkten zulegen, so zumindest ein Demokratischer Wahlstrategie. [2] Nachdem die Demokraten monatelang mit dem Präsidenten einen "evil boogeyman" hatten, konnten nun die Republikaner mit Genuss ihre Stammwählerschaft an ihren alten "Butzemann" Kerry erinnern. Die \$200 Millionen Investition aus dem letzten Präsidentschaftswahlkampf, um John Kerry bei den Wählern ein negatives Image zu verpassen, dürfte sich nun nocheinmal bezahlt machen. [3] Zudem wollte Kerry auch noch auf arrogante Art Präsident Bushs Intellekt attackieren (obwohl seine eigenen Yale Studienergebnisse nur unmerklich besser waren), was nur den konserva-

tiven Rand der Republikaner weiter motivieren würde, wählen zu gehen, so Chuck Todd von *The Hotline*. [4]

Die Republikaner nutzten die Gelegenheit dementsprechend schnell und unterstellten den Demokraten generell, daß sie den Truppen gegenüber nicht loyal seien und den Krieg nicht zum Sieg führen wollten. [5] Für sie bot Kerry daher die beste Gelegenheit in diesem Herbst, die Wähler an das 'traditionelle' Image der Demokraten als "weak on defense" zu erinnern. [6] Mit Hinblick auf Kerrys seinerzeitiges widersprüchliches Abstimmungsverhalten zum Irakkrieg, merkte Vizepräsident Dick Cheney nur an, daß Kerry eigentlich erst für die Pointe war, bevor er dann gegen sie war. [7] Als sich Kerry unter öffentlichem Druck zahlreicher hochrangiger Demokraten endlich nach einem Tag öffentlich entschuldigte, war der Schaden jedoch nicht mehr zu beheben. Kerry sagte

“Republican” October Surprise - Kerry Snafu

eine Reihe von Medienauftritten mit Demokratischen Kandidaten in Iowa, Pennsylvania und Minnesota ab.[8] Einem Republikanischen Berater zufolge war es die grösste Sorge der Republikaner, daß Kerry sofort nach der vermatschten Pointe vor das Publikum treten und sich öffentlich bei den Truppen entschuldigen sowie den Präsidenten bei dieser Gelegenheit ermutigen würde, sich für seine Fehlentscheidungen zum Irak ebenfalls zu entschuldi-

gen.[9] Der Latenight Talkshow Host David Letterman fasste den Demokratischen Schlamassel so zusammen: John Kerry könnte die Demokraten auch um den Sieg bei Wahlen bringen, in denen er selbst gar nicht zur Wahl anstünde. Die Präsidentschaftskandidatenchancen Kerrys sind diesem Zwischenfall wahrscheinlich zum Opfer gefallen: der ehemalige Mehrheitsführer der Demokraten im Landtag von New Hampshire, Burton Cohen verglich Kerrys Pointe mit dem

berüchtigten Schrei Howard Deans in Iowa, welcher dessen Ende als Anwärter 2004 besiegelt hatte. Auch laut *Roll Call* wäre Kerry nun der zweite Präsidentschaftskandidat (nach Virginias Senator George Allen), der sich selber vorzeitig aus dem Rennen katapultiert hätte.[10] Das *Wall Street Journal* schrieb dann auch in einem Leitartikel: “Congratulations, Senator Clinton; another competitor bites the dust.”[11]

Cheney and Rumsfeld – fantastic job!

Präsident Bush erklärte gegen Ende vergangener Woche sein vollstes Vertrauen in die Arbeit seines Vizepräsidenten und seines Verteidigungsministers. Beide Regierungsmitglieder sind unter den konservativen Wählern sehr beliebt, womit Bushs Lob als ein direkter Appell an seine Stammwählerschaft zu bewerten ist.[12] Dieses Lob könnte den Republikanern allerdings auch schaden. Sechs Republikanische Senatoren bzw. Kandidaten für dieses Amt in um-

kämpften Bundesstaaten haben sich in der Vergangenheit insbesondere von Verteidigungsminister Rumsfeld distanziert bzw. einen Kurswechsel im Irak gefordert. Rumsfeld wäre allerdings ein Synonym für den alten Kurs im Irak, wohingegen doch Präsident Bush erst vorletzte Woche verkündete, zumindest rhetorisch nicht mehr “stay the course” als Slogan benutzen zu wollen.[13] Die Demokraten werden ihrerseits nun alles tun, um den Irakkrieg wieder zum

Tagesthema werden zu lassen, wobei Bushs Lob wahrscheinlich Verwendung in den Wahlkampfwerbespots der letzten Tage finden wird.[14] Der Präsident hingegen scheint akzeptiert zu haben, daß der Kampf gegen den Terrorismus auch weiterhin seine (einzige) Trumpfkarte ist, um seine konservative Wählerschaft zu motivieren, weswegen er diese nun in den letzten Tagen trotzallem auch ständig weiterspielt.[15]

Bush: If Dems win, Terrorists win!

Während Präsident Bushs Besuch in den Bundesstaaten Montana, Nevada, Kansas und Nebraska nutzte er daher die Gelegenheit, die Demokraten als “soft on terror” zu bezeichnen, um seine Basis in diesen sonst zuverlässig konservativen, mittlerweile aber teilweise umkämpften Bundesstaaten von der Notwendigkeit zur Wahl zu gehen zu überzeugen.[16] Die Demokraten würden laut dem Präsidenten nur kritisieren, aber keine eigenen Ideen für einen Sieg

im Irakkrieg haben. Allerdings machte Präsident Bush wohlwissend einen Bogen um die Bundesstaaten Connecticut, Ohio, Pennsylvania und New York. Seine Anwesenheit dort würde die Republikanischen Kandidaten nur schwächen und ihre Gegner zu den Wahlurnen treiben.[17] Die Verurteilung Saddam Husseins noch kurz vor dem 7. November dürfte jedenfalls die Erwartungen der konservativen Parteibasis bedienen und Präsident Bush als Mann der Resultate darstellen, der sich auch angesichts steigender Truppenverluste nicht davor scheut, öffentlich Al Qaeda die Stirn zu

bieten. Saddam Husseins Todesurteil ist damit quasi das i-Tüpfelchen auf den Ereignissen der letzten Wahlkampfwoche, nachdem Präsident Bush sie mit der Unterstellung begonnen hatte, daß im Falle eines Wahlsieges der Demokraten die Terroristen gewinnen und Amerika verlieren würde. Er jedenfalls würde nicht vor Verbrechern und Mördern davonrennen. Der Irak sei keine Ablenkung vom Krieg gegen den Terror, wie die Demokraten es behaupten würden, sondern laut bin Laden das Epizentrum.[18]

Und wieder 72 Stunden

In den drei Tagen vor den Zwischenwahlen werden nun beide Parteien versuchen, alle ihre potenziellen Wähler zum Urnengang zu bewegen. Beide Parteien haben vor, jeweils mehr als \$30 Millionen dafür zu verwenden.[19]

Der Vorsitzende des Democratic National Committees warnte seine Mitstreiter per Email dringlichst, jetzt nicht aufgrund der positiven Prognosen in ihren Anstrengungen nachzulassen. Die "berüchtigte" Republikanische Wahlmaschine würde erst noch anlaufen, so Dean.[20]

Gerade weil erwartet wird, daß die Wahlbeteiligung um mehr als ein Drittel unter der von 2004 liegen wird, haben die Republikaner zum Beispiel in Pennsylvania bereits mehr als eine Million wahrscheinlicher Wähler kontaktiert, um Senator Rick Santorum wiederzuwählen.[21] Die Demokraten können dem nicht nachstehen. Eine der Demokratischen *microtargeting* Firmen, Copernikus Analytics, hat ihnen bereits

geholfen in 29 Wahlbezirken mehr als eine Million möglicher neuer Wähler anhand von Volkszählungsdaten und Kreditkartenabrechnungen zu identifizieren bzw. Wählerprofile zu erstellen. Dabei kann erfolgreiches *microtargeting* 5000 bis 10000 zusätzliche Stimmen einbringen, so Alexander Gage von TargetPoint Consulting.[22]

Beide Parteien und unabhängige Interessengemeinschaften haben für die letzten Tage insgesamt über 600 neue Wahlkampffernsehspots in Umlauf gebracht.[23]

Eine Mehrheit von diesen Spots wird wahrscheinlich *negative advertisements* werden: Werbespots, die den Charakter des Kontrahenten in Frage stellen, den Kandidaten als zu extrem für die Bürger des Wahlkreises darstellen oder gar schlicht Angst vor den (vermeintlichen) Plänen des Kandidaten schüren.

Zum Beispiel hat das National Republican Congressional Committee in die-

sem Wahlzyklus achtmal soviel finanzielle Mittel für negative Wahlwerbung ausgegeben wie für positive Wahlkampfwerbung, die hauptsächlich die Vorzüge des eigenen Kandidaten unterstreicht. Das Democratic Congressional Campaign Committee hat zwischen diesen beiden Werbearbeitern "nur" ein Verhältnis von 5 zu 1.[24]

Kein Wunder also, daß die Zwischenwahlen mit insgesamt wahrscheinlich \$3.1 Milliarden zu Buche schlagen werden und damit ungefähr 14 Prozent mehr kosten als die vergangenen (Präsidentschafts)wahlen.

Laut PO Media entfallen auf die 36 Gouverneurswahlkämpfe circa \$1.1 Milliarden, auf die 435 Rennen für das Abgeordnetenhaus knapp \$744 Millionen und \$705 Millionen auf die 33 zur Wahl anstehenden Senatsposten.[25]

Sturmentwarnung im Senat?

Vor einem Monat noch gab man den Demokraten keine Chance eine Mehrheit im Senat zu erreichen. Auch wenn sich die Prognosen während dieser Zeitspanne stetig verbesserten, so ist es in der letzten Woche zunehmend unwahrscheinlicher geworden, daß die Demokraten ihre wahrscheinlichen Gewinne im Senat zu einer Mehrheit ausbauen können.

Insbesondere in den Bundesstaaten Missouri und Virginia, wo beide Kandidaten in einem Kopf-an-Kopf-Rennen liegen, geht es nur noch darum, die Ba-

sis zum Wahlgang zu bringen. Die Republikaner haben in Missouri doppelt so viele ihnen gewogene Wähler identifiziert wie vor sechs Jahren, was die Wahl für sie entscheiden könnte.

In Virginia ist es genau das Gegenteil. Dort sind es die Demokraten, die glauben, hinsichtlich der Wahlbeteiligung ihnen geneigter Wähler, im Vorteil zu sein.[26]

Interessanterweise haben beide Parteien zwei Bundesstaaten, deren Gewinn für beide ein "November surprise" sein würde, in die deshalb auch jetzt in den

letzten Tagen noch beachtliche Summen fließen.

Die Republikaner hegen grosse Hoffnung auf einen Erfolg des afroamerikanischen Kandidaten Michael Steele in Maryland, während die Demokraten versuchen, Druck auf Arizonas Senator Jon Kyl auszuüben.

It's the Race that matters!?

Auch wenn bis vor kurzem die Mehrheit der Analysten dem Demokratischen Kandidaten Ben Cardin die besseren Erfolgchancen für Maryland einräumten, so hat sein Gegner Michael Steele in den letzten Wochen an Boden gewonnen. Vor allem konnte Steele die Unterstützung einiger afroamerikanischer Demokratischer Lokalpolitiker und religiöser Gemeindeführer gewinnen. Laut Umfragen ist die Wahlbeteiligung von Afroamerikanern in Maryland für einen Wahlsieg in den Rennen um die Ämter des Senators und Gouverneurs kritisch. Diese Bevölkerungsgruppe ist vor allem unzufrieden mit der geringen Zahl von Afroamerikanern unter den Spitzenpolitikern Marylands.[27] Auch der unterlegene afroamerikanische Anwärter für die Nominierung zum Demokratischen Kandidaten für den Senatorenposten Marylands, Kweisi Mfume, bemängelte den Mangel an

ethnischer Vielfalt unter den Kandidaten Marylands – die vier sähen “genauso” aus wie ihre Vorgänger vor fünfzig Jahren. Cardin konnte allerdings auch die öffentlichkeitswirksame Unterstützung von ungefähr 50 afroamerikanischen Lokalpolitikern für sich verbuchen.[28] Die konservative National Black Association wollte diese Ressentiments unter den afroamerikanischen Wählern in Maryland mit einer Radiowerbung ausnutzen: ein Rundfunksprecher sagt an, daß die Demokraten die diskriminierenden Jim Crow Gesetze beschlossen und den Ku Klux Klan gegründet hatten, während die Republikaner die Afroamerikaner aus der Sklaverei befreit hatten. Der Politikmiker Stephen Colbert merkte dann nur noch an, um welche Wahlen es in diesem Jahr wirklich ging – die 1870iger. Dennoch muss diese Entwicklung von den Demokraten ernst genommen werden: in einer national

repräsentativen Umfrage unter Afroamerikanern gab die Hälfte der Befragten an, daß die Demokraten ihre Stimmen als selbstverständlich betrachteten, während ein Drittel der Meinung war, daß die Demokraten ihre Interessen schlecht repräsentierten.[29] Im Hinblick auf knappe Vorsprünge in Maryland und New Jersey haben die Demokraten scheinbar beschlossen, ihre Optionen für den Fall der Niederlage in einem dieser Bundesstaaten zu vergrößern, so Jennifer Duffy vom *Cook Political Report*. Das Democratic Senatorial Campaign Committee hat für die letzten Tage noch \$1 Million für Fernsehwerbung zugunsten seines Kandidaten in Arizona, Jim Pederson, eingeplant.[30] Das Republican National Senatorial Committee hat eine ähnlich hohe Summe in Maryland für die letzten Tage investiert.[31]

House: Sturmwarnung immer schwächer?

Anfang vergangener Woche prognostizierte Stuart Rothenberg den Demokraten Gewinne von 18 bis 28 Sitzen im Abgeordnetenhaus, wobei jedoch “noch dramatischere” Wahlergebnisse als möglich angesehen wurden.[32] Solche Prophezeiungen sollten niemanden überraschen: George Stephanopoulos merkte an, daß es am 4. September nur 36 heiss umkämpfte Wahlbezirke gab, letzte Woche jedoch zählte er 53.[33] Der Vorsitzende des Democratic Congressional Campaign Committee konkretisierte dies nur: in 48 umstrittenen Rennen attackieren die Demokraten, in zwei Rennen sind sie in der Defensive.[34] Im Stillen

SEITE 4

erklärten die Demokraten dann auch,

daß sie zehn von den fünfzehn Republikanischen Abgeordnetensitzen, die sie zur Mehrheit brauchten, bereits in der Tasche hätten.[35] Zudem hätten allein die direkten Konsequenzen der Republikanischen Skandale der letzten Monate 15 Sitze ins Spiel gebracht: vier davon sind “Kollateralschäden” des Skandals um den Lobbyisten Abramoff, fünf Sitze sind als Resultat des Foley-Skandals gefährdet und beim Rest geht es um fragwürdige Grundstückskäufe, Steuerhinterziehung und sexuelle Belästigung, so die *Washington Post*. [36] Amy Walters vom unabhängigen *Cook Political Report* merkt an, daß in diesem Wahlkampf die Regionen im Osten und Mittelwesten der USA im Epizentrum des Wahlkampfes liegen, während es in den letzten Jahren mehr darum ging, den konservativen Westen und Süden zu domi-

nieren. Sich auf finanzielle und organisatorische Vorteile beziehend, verspricht Karl Rove den Republikanern nichtsdestotrotz auch weiterhin beide Kammern zu halten.[37] Die *New York Times* warnte daher auch: am 7. November würden Millionen von städtischen Demokraten zu den Urnen gehen und den Wahlsieg erwarten, ohne die Rechnung mit der landlichen, weissen Bevölkerung der kleinen Städte gemacht zu haben.[38] Laut einer Umfrage des Pew Research Centers konnten die Republikaner in den letzten zwei Wochen stetig aufholen und den Vorsprung der Demokraten verringern. Insbesondere die Zahl der Republikaner unter den wahrscheinlichen Wählern wäre nun grösser als die der wahrscheinlichen Demokratischen Wahlgänger.[39]

Es gibt mehr als nur Stammwähler?

Laut einer Studie des Center for the Study of the American Electorate der American University hat sich die Zahl derer, die bei der Registrierung zur Wahl keine Parteizugehörigkeit angeben, von 14 Prozent im Jahre 2002 auf 17 Prozent in diesem Wahlzyklus erhöht. Der Direktor des Centers, Curtis Gans, prognostizierte, daß die Wähler zwar von beiden Parteien die Nase voll hätten, aber die Demokraten daraus den Nutzen ziehen könnten. [40] Nur 23 Prozent der Unabhängigen würde die Republikaner, aber die Hälfte der Unabhängigen würde die Demokraten bevorzugen, was zum letzten Mal 1986 geschehen ist, so Bob Schieffer vom Sender CBS. [41] Stuart

Rothenberg weist ebenfalls auf diese Entwicklung hin: auch wenn die Wahlbeteiligungsrates der unabhängigen Wähler nicht der der stark parteilich eingestellten Wähler entspricht, so kann sie dennoch ausreichen, um Dutzende von Republikanern mit knappen Vorsprüngen Opfer einer demokratischen Flutwelle werden zu lassen. [42] Dick Morris jedoch merkt an, daß die Republikaner ihren Rückstand zu den Demokraten unter den unabhängigen Wählern verkleinern konnten und daß daher die Wahlbeteiligung der Parteibasis auch weiterhin entscheidend für Sieg oder Niederlage sei. [43]

Am Abend des 7. Novembers wird dann hoffentlich Klarheit darüber herr-

schen, ob die Wahl auch in diesem Fall von der Parteibasis entschieden wurde (und Karl Rove zum Halbgott erklärt wird) oder ob eine hohe Beteiligung von Unabhängigen Roves Strategie der Konzentration auf einen immer kleiner werdenden Teil der Wählerschaft dieses Mal durchkreuzt hat (und er von seinem Podest gestoßen wird). Man kann jedoch davon ausgehen, daß nach Jahren einer ideologisch starren republikanischen Agenda weite Teile der Bevölkerung links und rechts der Mitte den Mangel einer "verständlichen Weltanschauung" bei den Demokraten sehr attraktiv finden, so meint zumindest der Politikmocker John Oliver von der Daily Show.

Fragen der Moral

Die christlichen Konservativen sehen sich in den letzten Tagen vor der Wahl vor internen Herausforderungen. Von der mangelnden Umsetzung von Versprechen durch die Regierung frustriert, will die Christian Coalition nun ihre Bedeutung erhöhen, indem sie versucht, gemässigte Christen für sich zu gewinnen. Die Organisation weitete einerseits ihr Aufgabenfeld auf andere Themen als nur Abtreibung und Homo-Ehe aus. Andererseits ver-

minderte man auch die Intensität des politischen Dialoges - weg von "Gift und Galle" spuckenden Aussagen. [44]

Ein konservativer Kern ist jedoch mehr daran interessiert, bei den Hauptthemen von Abtreibung und Homo-Ehe zu bleiben. Nun befehden sich die christlichen Konservativen untereinander, während die Beliebtheit der Republikaner unter ihren christlichen Anhängern von 74 Prozent im Jahre 2004 auf nunmehr 54 Prozent gefallen ist.

[45] Mittlerweile trat der Vorsitzende der mit 30 Millionen Mitgliedern grössten Gruppe von Evangelen, Ted Haggard, zurück, nachdem bekannt wurde, daß er in den letzten drei Jahren regelmässig bezahlten Sex mit einem Mann hatte und Drogen nahm. [46]

Der ehemals einflussreiche Evangelist wurde in der Vergangenheit mehrfach vom Präsidenten im Weissen Haus empfangen. [47]

Anyone care about taxes anymore?

Das Thema möglicher Steuererhöhungen seitens der Demokraten scheint bisher in der Bevölkerung nicht Fuß gefasst zu haben. [48] Präsident Bush verteidigt auch weiterhin seine wirtschaftlichen Errungenschaften, die sich seiner Meinung nach im Optimismus der Wirtschaft bzw. dem Durch-

brechen der 12.000 Marke des Dow Jones Index, in den niedrigen Benzinpreisen und Arbeitslosenzahlen auf einem fünfjährigen Tiefstand wieder spiegeln. [49] (Selbst Jay Leno merkte an, daß, nach dem niedrigen Spritpreis geurteilt, die Zwischenwahlen bald stattfinden würden.)

Jedoch scheint Präsident Bush mit diesem Thema beim Wähler dieses Mal nicht anzukommen: schwache Lohnwachstumsraten sowie steigende Krankenversicherungsraten

Anyone care about taxes anymore?

belassen insbesondere die Mittelklasse in dem Gefühl, daß auch in Zeiten der "wirtschaftlichen Flut" Yachten und Ruderboote unterschiedlich stark angehoben werden.[50]

Umfragen zu Folge vertrauen die Wähler den Demokraten in Fragen Wirtschaftswachstum mehr - auch wenn zwei Drittel der Befragten der Auffassung sind, daß die Steuern im

Falle eines Demokratischen Wahlsieges erhöht würden, so die *USA Today*. [51]

Fußnoten

- [1] *Wall Street Journal*, October 28, 2006.
[2] Williams, NBC Nightly News, November 1, 2006 and Gregory, NBC Nightly News, November 1, 2006.
[3] Couric, CBS Evening News, November 1, 2006.
[4] Matthews, MSNBC's Hardball, October 31, 2006.
[5] Gibson, ABC World News, November 1, 2006.
[6] Malveaux, CNN's Situation Room, November 1, 2006 and Jackson, *USA Today*, November 2, 2006.
[7] Axelrod, CBS Evening News, November 2, 2006.
[8] Daniel, *Financial Times*, November 2, 2006.
[9] Russert, NBC Nightly News, November 1, 2006.
[10] Wallsten, *Los Angeles Times*, November 2, 2006 and Akers, *Roll Call*, November 2, 2006.
[11] *Wall Street Journal*, November 1, 2006.
[12] Gerstenzwang, *New York Times*, November 2, 2006.
[13] Stephanopoulos, ABC World News, November 1, 2006.
[14] Williams, NBC Nightly News, November 1, 2006.
[15] Silva, *Chicago Tribune*, November 2, 2006.
[16] Axelrod, CBS Evening News, November 2, 2006.
[17] *Wall Street Journal*, November 3, 2006.
[18] Lozano, Agence France Presse, October 31, 2006 and Stolberg, *New York Times*, October 31, 2006.
[19] Lawrence, *USA Today*, November 3, 2006.
[20] McCaslin, *Washington Times*, November 3, 2006.
[21] Gilgoff, *U.S. News and World Report*, November 6, 2006.
[22] Dreazen, *Wall Street Journal*, October 31, 2006.
[23] Weisman and Cillizza, *Washington Post*, November 3, 2006.
[24] Feldman, *Christian Science Monitor*, October 31, 2006.
[25] Lieberman, *USA Today*, November 2, 2006.
[26] Schieffer, CBS Evening News, November 2, 2006.
[27] Ward and Miller, *Washington Times*, November 3, 2006 and Wiggins and Helderman, *Washington Post*, November 3, 2006.
[28] Skalka, *Baltimore Sun*, November 2, 2006.
[29] Benac, Associated Press, November 1, 2006.
[30] Sunnucks, *Phoenix Business Journal*, November 2, 2006 and Forsythe, Bloomberg, November 2, 2006 and Blitzer, CNN's Situation Room, November 2, 2006.
[31] Kuhnhehn, Associated Press, November 2, 2006.
[32] Farmer, *Newark Star Ledger*, November 3, 2006.
[33] Stephanopoulos, ABC World News, November 2, 2006.
[34] Brokaw, NBC Nightly News, November 1, 2006.
[35] Espo, Associated Press, November 2, 2006.
[36] Weisman and Birnbaum, *Washington Post*, November 2, 2006.
[37] Farmer, *Newark Star Ledger*, November 3, 2006 and Abramowitz, *Washington Post*, October 30, 2006.
[38] Mann, *New York Times*, November 2, 2006.
[39] Balz and VandeHei, *Washington Post*, November 6, 2006.
[40] Elliot, Associated Press, November 3, 2006.
[41] Schieffer, CBS Evening News, November 2, 2006.
[42] Rothenberg, *Roll Call*, November 2, 2006.
[43] Morris, *The Hill*, November 1, 2006.
[44] Ward, *Financial Times*, November 3, 2006.
[45] Cooperman and Eilperin, *Washington Post*, November 3, 2006 and Zoll, Associated Press, October 30, 2006.
[46] Gibson, ABC World News, November 2, 2006.
[47] Darman and Murr, *Newsweek*, November 13, 2006.
[48] Montgomery, *Washington Post*, November 2, 2006.
[49] Riechman, Associated Press, October 23, 2006.
[50] Porter, *New York Times*, October 24, 2006 and Hacker, *Washington Post*, October 29, 2006.
[51] Kirchhoff, *USA Today*, October 26, 2006 and Page, *USA Today*, October 26, 2006.

KONRAD-ADENAUER-
STIFTUNG WASHINGTON,
D.C.

2005 Massachusetts Avenue NW

Washington, D.C. 20036

Phone: 1-202-464-5840

Fax: 1-202-464-5848

<http://blog.kasusa.org>